

Widerstand gegen die Ökonomisierung der Bildung durch die Bologna- <Reform>

Autor(en): Alexandra Greeff, Anelis Kaiser

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 2003

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/f977544b-423a-4615-8aa4-66c337ec8f31>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Wird die Universität ökonomisiert?

Widerstand gegen die Ökonomisierung der Bildung durch die Bologna-«Reform»

Alexandra Greeff
Anelis Kaiser

Die Basler Universitätsleitung treibt zurzeit mit der so genannten «Bologna-Reform» die tief greifendste Umgestaltung der Studiengänge seit Jahrzehnten voran.

Die «Aktionsgruppe Bologna» betrachtet diese als keine Reform im eigentlichen Sinne, sondern als eine *Gegenreform*, die auf die schleichende Privatisierung der Hochschulen abzielt. Immer mehr werden die Universitätsstrukturen von Rentabilitätskriterien bestimmt; Studierende, Assistierende und Dozierende haben das Nachsehen.

Das Bologna-Fieber greift um sich

Die Universität Basel ist zurzeit in einem grundlegenden Wandel begriffen; auch sie fällt dem «Bologna»-Fieber zum Opfer – wie alle Hochschulen europaweit. Die Studiengänge sollen nach angelsächsischem «Vorbild» in einen eher praxisnahen Bachelor und einen vornehmlich forschungs- und theorieorientierten Master umstrukturiert werden. Was die «Bologna»-Reform mit sich bringt und in welchem sozialgeschichtlichen Kontext sie steht, ist hingegen noch immer umstritten, davon erzählen die Basler Medien geradezu Bände. Propagieren «Bologna»-BefürworterInnen die gegenwärtigen Umstrukturierungen als Möglichkeit, Mobilität, Transparenz sowie Konkurrenzfähigkeit zu verbessern, bemängeln KritikerInnen die schleichende Ökonomisierung der Bildung, die «Privatisierung»

der Entscheide, der Kosten sowie der Verantwortung und die Übernahme privatwirtschaftlicher Organisationsmodelle.

Das Immunsystem schaltet sich ein ...

Als kritische Gruppierung tat sich insbesondere die «Aktionsgruppe Bologna» hervor. Ihre Geburtsstunde war wohl die Medienorientierung vom 9. April 2002, in welcher die Universitätsleitung ihre Absicht, in äusserst eng gestecktem Zeitrahmen auf das «Bologna-Modell» umzusteigen, publik machte. Offensichtlich basierte dieses Vorhaben nicht auf demokratischen Entscheidungsfindungen, denn die zahlreichen Hilferufe, die als Reaktion auf die besagte Medienorientierung an die Öffentlichkeit gelangten, lassen vermuten, dass viele Universitätsangehörige bis dahin noch gar nichts von ihrem

«Glück» gewusst hatten, geschweige denn es als solches «erkennen» konnten. In Universitätsgremien Eingebundene genossen zwar Einblick in die Pläne der Universitätsleitung, doch brach ihr Widerstand allmählich an finanziellen Drohungstaktiken.

Angesichts der Ausgrenzung aus dem Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess fanden sich schliesslich einige Studierende und Assistierende zu Diskussionsrunden zusammen, um sich eingehender mit «Bologna» auseinander zu setzen und sich in deren gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge zu vertiefen. Aus dieser Diskussionsrunde entwickelte sich nach und nach eine Aktionsgruppe, die mit ihrem universitätspolitischen Engagement eine Diskussionsplattform eröffnete und den Diskurs um «Bologna» sichtlich mitbestimmte.¹

... denn Abwehr tut Not ...

Anfang Juni lancierte die Aktionsgruppe Bologna eine Petition an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt, worin sie den sofortigen Ausstieg aus dem Bologna-Prozess fordert.

Denn «Bologna» findet nicht im luftleeren Raum statt, sondern muss vor dem Hintergrund der derzeitigen Liberalisierungs- und Privatisierungswelle gesehen werden.

Die Privatisierungen im Bildungssektor bereiteten sich über Jahrzehnte vor. Entwickelte sich in der Nachkriegszeit das Grundmotiv, allen BürgerInnen unabhängig von Herkunftskriterien eine gute Bildung zu ermöglichen, wurden seit dem Einbruch des Wirtschaftswachstums in den 1970er-Jahren rückwärts gewandte Gegenreformen in die Wege geleitet, welche die sozialpolitischen Errungenschaften sukzessive rückgängig machten. Denn die kontinuierlichen Steuersenkungen für die obersten Einkommensschichten, die einer Profitminderung von Grossunternehmen gegensteuern sollten, blieben nicht ohne Folgen für das Staatsbudget und somit für die Strukturen sowie die inhaltliche Ausrichtung öffentlicher Dienste. Die unternehmensfreundliche Steuerpolitik öffnet die staatlichen Einrichtungen immer mehr für Sponsoring Dritter und damit für die Interessen und Forderungen der Industrie.²

Die Bologna-Reform kommt den Bedürfnissen der Industrie in vieler Hinsicht entgegen – doch kritischer Auseinandersetzung mit dem Stoff und der Wahlfreiheit ist sie kaum zuträglich. Das Kreditpunktesystem verschult die Studiengänge und schränkt die freie Studiumsgestaltung der Studierenden ein, denn es begünstigt die Anpassung der Lehrinhalte an die kurzfristigen Bedürfnisse der Privatwirtschaft und die marktgerechte Produktion von Humankapital. Wofür die Studierenden wie viel Zeit aufwenden, hängt mehr und mehr von den Ansprüchen der Wirtschaft ab, eigene Interessen müssen zurückgestellt werden. Die anvisierte Standardisierung und Zerstückelung der Lehrinhalte und Studiengänge erleichtert zudem massgeblich deren Evaluation sowie Subventionierung durch Grossinvestoren nach Rentabilitätskriterien; Forschungs- und Lehrfreiheit können daher bald der Vergangenheit angehören.

Die geplante Zweiteilung des Studiums in einen praxisorientierten Bachelor und einen tiefer gehenden Bildung vermittelnden Master dient wiederum

als Mittel zur «Effizienz»- und Rentabilitätssteigerung. Die Definition des Bachelors als Zwischenabschluss ermöglicht nämlich Zulassungsbeschränkungen zum Master – sei es durch Numerus Clausus, Stipendienstopp oder -reduktion, Erhebung zusätzlicher Gebühren und/oder anderes – und damit eine Produktion von qualifizierten Arbeitskräften in kürzerer Zeit und mit einem Minimum an aufzuwendenden Mitteln. Ein grosser Teil der Studierenden beendet das Studium mit dem Bachelorabschluss, eine schmale Elite fährt damit fort.

Weitere Selektionsfaktoren wie Straffung der Studienzeit³, Vergabe von Darlehen anstelle von Stipendien, Erhöhung der Studiengebühren⁴ und anderes mehr sind eine Frage der Zeit: Das neoliberale Denken betrachtet die Erhebung von Studierendengeldern als geeignetes Steuerungsmittel für das Bildungsverhalten, da diese zu einem Kosten-/Renditekalkül animieren. Ausserdem ist das Bologna-Modell mit beträchtlichen Mehrkosten verbun-



den, da das Kreditpunktesystem und die Verschulung des Studiums zu einer Verstärkung der administrativen Belastung führen. Diese sollen durch immer mehr Einsparungen im Bildungsbereich wettgemacht werden: Sukzessive Gebührenerhöhungen, Streichungen struktureller Professuren in unrentablen Bereichen, Verweigerung des Teuerungsausgleichs und andere finanzpolitische Eingriffe werden, sind sie nicht schon zur harten Realität geworden, nicht lange auf sich warten lassen.

Die Petition der «Aktionsgruppe Bologna»

«Daher fordern wir den Ausstieg aus dem Bologna-Prozess und verlangen stattdessen eine grundlegende Reform, die von allen BürgerInnen in einem demokratischen Prozess gestaltet wird und dem grundsätzlichen Recht auf Bildung für alle Rechnung trägt» – so die PetentInnen der Aktionsgruppe in ihrer am 11. Dezember 2002 eingereichten, 2 034 Unterschriften starken Petition. Der Grosse Rat reagierte auf die Petition bis anhin mit einem Hearing, einer Anhörung von je zwei VertreterInnen der Aktionsgruppe Bologna und der Universitätsleitung, und wird nach seinem Ermessen politische Massnahmen in die Wege leiten. Die Durchführung eines weiteren Hearings wurde in Erwägung gezogen.

Die Universitätsleitung hingegen scheint die Anliegen der über 2 000 PetitionsunterzeichnerInnen weiterhin nicht ernst zu nehmen⁵ und stellt den Bologna-Prozess als alternativlose Notwendigkeit der Moderne dar, aus dem es kein Zurück mehr gebe. Ungeachtet des wachsenden Vorbehaltes vieler, versucht sie ihr vorschwebende Ziele wie verbesserte Transparenz für Studierende und internationale Anerkennung der Abschlüsse vorzueilen und allein mittels Umstrukturierungen zu realisieren, wenngleich diese anderweitig erreicht werden könnten – ohne die Nachteile des neuen Systems.

Die ersten Krankheitssymptome zeigen sich

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Beitrags (Oktober 2003) sind an der Universität Basel bereits alle naturwissenschaftlichen Fächer (exkl. Pharma-

zie), die Psychologie, die Wirtschaft, die Geografie sowie Teilbereiche der medizinischen Fakultät nach dem neuen Modell organisiert; die Philosophisch-Historische, die Juristische und die Theologische Fakultät sehen eine Einführung bis zum Wintersemester 2004/5 vor.

Schon beginnen sich einige Befürchtungen der Aktionsgruppe Bologna zu bewahrheiten. So ist einem Bericht aus der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zu entnehmen, dass «Bologna» eine Verschulung der Studiengänge mit sich bringt und dass immer mehr «die Tendenz zu beobachten» ist, «das Studium strategisch zu konfigurieren und Veranstaltungen weniger nach Bedeutung oder inhaltlichem Interesse als nach dem Aufwand-/Ertrags-Verhältnis auszuwählen». Einer «engagierten und kritischen Auseinandersetzung mit einem Fachgebiet» sind die gegenwärtigen Entwicklungen im universitätspolitischen Bereich «nicht unbedingt förderlich». Schliesslich verführt das «sequenzielle Ablegen von Prüfungen zu einem additiven Verständnis von Lernen, so dass die individuelle Integration der Inhalte weniger gefordert und gefördert wird».⁶ Stimmen aus der Psychologischen Fakultät bemängeln, dass die «Belastung des Mittelbaus», das heisst der Assistierenden, durch «Korrekturen und Prüfungen» angestiegen ist.⁷ Ein Professor des Geographischen Instituts wiederum kritisiert den Verlust an «interessanten Nebenfachkombinationen aus dem Phil-I- und dem Phil-II-Bereich».⁸ Neuste Sparkonzepte bringen kleine, unrentable Fächer in Gefahr. Auch verschärft sich die Selektion nach Herkunftskriterien zusehends: In einem weiteren undemokratischen Schritt entschied sich die Universitätsleitung am 19. Juni 2003 für eine Erhöhung der Studiengebühren um 17 Prozent auf rund 700 Franken.

Die Aktionsgruppe Bologna setzt sich weiterhin gegen die laufenden Umstrukturierungen ein. Sie verschliesst die Augen nicht vor der grundsätzlichen *Notwendigkeit* einer Reform – doch soll die Reform in einem demokratischen Prozess gestaltet werden und dem grundsätzlichen Recht auf Bildung für alle sowie dem Eigenwert der Bildung Rechnung tragen.

Anmerkungen

- 1 Siehe beispielsweise den Forumsartikel von Michael Gemperle, Alexandra Greeff und Fabian Grossenbacher in der Basler Zeitung vom 25./26.1.2003, Seite 61. Siehe auch die zahlreichen Artikel, Leserbriefe und Interviews in der Basler Zeitung, der Wochenzeitung, der Neuen Zürcher Zeitung und der StudentInnenzeitung «gezetera», so z. B. in den BaZ-Ausgaben vom 5.2., 12.2., 13.2., 17.2., 3.3., 9.4. und 16.5.2003, in der WoZ vom 16.1.2003, in der NZZ vom 23.2.2003 und in der «gezetera» vom 23.6. und 13.12.2002 sowie vom 8.4., 29.4. und 15.7.2003.
- 2 Glasnost Berlin: Der Fall Bildung – Teil IV, Europa-politik und die Rolle des ERT. Berlin 7.9.2000. <http://www.glasnost.de/db/Europa/ert-bild4.html>
- 3 Mehr als 80% der Studierenden sind neben dem Studium erwerbstätig. Schärfere Studienzeitlimiten und eine finanzielle Mehrbelastung dürften schon jetzt bestehende Probleme bedeutend verstärken (vgl. Dieter Egli, Michael Gemperle, Stefan Philippi, Silvia Würmli (Hrsg.): Überleben an der Universität. Orientierungs-suche, Selbstverwirklichung und Krisenmanagement. Untersuchung über den Umgang von Studierenden der Universität Basel mit ihrer sozialen Lage, Zürich/Chur 2003. Vgl. auch: Markus Diem: Soziale Lage der Studierenden. Eine Repräsentativuntersuchung bei Studentinnen und Studenten an Schweizer Hochschulen 1995, Bern 1997 (Bundesamt für Statistik).
- 4 Mehr zum Thema Studiengebühren im Forumsartikel von Alexandra Greeff und Dorothee Ludwig in der Basler Zeitung vom 17.11.2003, Seite 13.
- 5 Siehe beispielsweise die Stellungnahme von Rolf Soiron, des Präsidenten des Universitätsrates, in der Basler Zeitung vom 26.7.2002, Seite 41. Siehe ebenso diejenige des Vizerektors Ulrich Druwe in der Basler Zeitung vom 5.2.2003, Seite 36.
- 6 <http://www.zuv.unibas.ch/bologna/mueller>
- 7 <http://www.zuv.unibas.ch/bologna/psychologie>
- 8 Forumsartikel von Prof. Dr. Hartmut Leser in der Basler Zeitung vom 30.4.2003.

Weiterführende Literatur

- Aktionsgruppe Bologna: <http://www.aktionsgruppe-bologna.ch>
- International Pupil- and Studentactions: Education – not for sale! <http://int-protest-action.tripod.com>
- Thomas Cottier u. a.: Liberalisation of Higher Education Services in Switzerland. The Impact of the General Agreement on Trade in Services (GATS). Gutachten im Auftrag der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten CRUS, in: Bundesamt für Bildung und Wissenschaft BBW (Hrsg.): Die Auswirkungen des GATS auf das Bildungssystem der Schweiz, Bern 2003.
- Mathias-Charles Krafft: Geltungsbereich der von der Schweiz im Rahmen des GATS eingegangenen Verpflichtungen und ihre Auswirkungen auf das schweizerische Bildungssystem. Gutachten im Auftrag des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK, in: Bundesamt für Bildung und Wissenschaft BBW (Hrsg.): Die Auswirkungen des GATS auf das Bildungssystem der Schweiz. Bern 2003.
- Verband der Schweizer Studierendenschaften: Die Umsetzung der Bologna-Deklaration: eine Sackgasse für die Studierenden! http://www.vssunes.ch/policy/bologna_o2_d.html
- Verband der Schweizer Studierendenschaften: Positionspapier zum «General Agreement on Trade in Services» (GATS). <http://www.vss-unes.ch/policy/gats.rtf>